



## Entwicklungshilfe? Ja, aber richtig!

Entwicklungshilfe hat nicht mehr bei allen den besten Ruf. Kein Wunder, denn es gibt sie, die *falsch konzipierte* Entwicklungshilfe. Die soll vor allem jenen helfen, die sie leisten, als Schmiermittel für eigene wirtschaftliche oder diplomatische Interessen. Es trifft leider zu, dass damit das Ziel der Armutsbekämpfung meist hochkant verpasst wird. Ein Riesenärgernis, nicht zuletzt für all die Schweizer Organisationen, die sich nach bestem Wissen und Gewissen gegen Hunger und Armut engagieren.

Noch mehr stört uns, wenn die Schweizer Hilfe pauschal mit solch fehlgeleiteter Hilfe in einen Topf geworfen wird, wenn gewisse Kreise ganz bewusst ausblenden, dass in der Schweiz sehr genau darauf geachtet wird, wohin unser Geld geht, das privat gespendete und das öffentliche.

Die *richtig konzipierte* Entwicklungszusammenarbeit macht sich selbst überflüssig. Denn sie muss zu selbsttragender Entwicklung ohne Hilfe aus dem Ausland führen. Sie stärkt die Bevölkerung eines Landes dabei, die eigenen politischen Eliten endlich in die Pflicht zu nehmen. Denn ohne Druck von unten ist keine Regierung bereit, sich für eine breitenwirksame Entwicklung des Landes einzusetzen. Unterstützen können wir das mit gezielt eingesetztem Geld einerseits und mit dem konsequenten Abbau von Entwicklungshemmnissen andererseits. Zugegeben, das schafft die Schweiz nicht alleine, aber wir sind überzeugt, dass sie mehr tun soll,

- dass Entwicklungsländer in internationalen Handels- und Investitionsabkommen nicht übervorteilt werden,
- dass nicht Jahr für Jahr rund 1'000 Milliarden Franken undeklarierte Gelder aus Steuerhinterziehung und Korruption in den Entwicklungsländern in Steueroasen abfliessen,
- dass nicht Gewinne aus der Billigproduktion in Entwicklungsländern praktisch unversteuert in Tiefsteuerparadiese (wie die Schweiz) verlagert werden können.

Der Weckruf gegen Hunger und Armut will, dass die reiche Schweiz ihren Absichtserklärungen auch Taten folgen lässt. Letztes Jahr hat sie sich zweimal zum 0.7%-Ziel der Uno bekannt. Im Juli an der Uno-Konferenz *Financing for Development* in Addis Abeba und im September am Uno-Gipfel in New York bei der Verabschiedung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030).

Das 0.7%-Ziel sieht vor, dass reiche Industrieländer den Entwicklungsländern mit jährlich 0.7% ihres Nationaleinkommens als «öffentliche Entwicklungsausgaben» zur Seite stehen. Das wären im Fall der Schweiz (Stand 2014) 4,5 Milliarden Franken gewesen, tatsächlich erreichten die öffentlichen Entwicklungsausgaben 3.2 Milliarden bzw. 0.5% des Nationaleinkommens. Immerhin, sagen Sie? Ja, immerhin! Damit hatte die Schweiz erstmals umgesetzt, was das Parlament 2008 beschlossen und 2011 bestätigt hatte: Dass es fortan 0.5% sein sollen. Es war ein gut helvetischer Kompromiss, dass wir uns ins unauffällige Mittelfeld der Reichen (2014: Platz 8) einreihen und nicht mit den Grosszügigsten (Schweden: 1.09%, Norwegen: 1.00 %, Grossbritannien 0.7% etc.) messen wollen.

2008, das ist eine Weile her. Die politischen Kräfteverhältnisse in unserem Parlament haben sich seither verschoben. Gleichzeitig fliehen Millionen von Menschen vor Kriegen, Konflikten, Klimawandel oder Hunger und Armut. Der Druck auf die Entwicklungsausgaben ist dadurch in den letzten Jahren enorm gestiegen.

Für die Jahre 2017 bis 2020 plant der Bundesrat, mehr Geld für humanitäre Krisenhilfe auszugeben. Das ist nötig. Doch es ist unsinnig, dies wie vorgesehen auf Kosten der längerfristigen Entwicklungszusammenarbeit zu tun. Auf akute humanitäre Not zu reagieren ist wichtig, aber nur, wenn gleichzeitig auch in die Prävention investiert wird, damit neue Krisenherde gar nicht erst entstehen. Auch braucht es nach Katastrophen und Krisen oft langfristige Wiederaufbauprojekte, die nicht von der humanitären Hilfe realisiert werden können.

In der Sommersession wird sich der Nationalrat, in der Herbstsession der Ständerat mit dem bundesrätlichen Vorschlag auseinandersetzen. Die erste vorberatende Kommission, die Finanzkommission des Nationalrats, hat der Grossen Kammer am 22. März empfohlen, die öffentlichen Entwicklungsausgaben von heute rund 0,5% auf 0,4% zu senken. Das federführende Aussendepartement (EDA) von Bundesrat Didier Burkhalter würde damit auf einen Schlag rund 20% seines Budgets verlieren, es wäre eine eigentliche Demontage der bisherigen Schweizer Aussenpolitik, ohne dass darüber eine öffentliche Debatte stattgefunden hätte.

Als öffentliche Entwicklungsausgaben dürfen übrigens – das bestimmt der Entwicklungsausschuss der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – auch Ausgaben für das Asylwesen in den Aufnahmeländern angerechnet werden, wo sie offensichtlich keinen Nutzen für die benachteiligten Bevölkerungen in den Ländern des Südens entfaltet. Ziemlich absurd, aber wahr.

Alles schlecht also? Nein, keineswegs, es gibt auch Entwicklungen, die durchaus zuversichtlich stimmen. Mit der Verabschiedung der **Agenda 2030** in New York im September 2015 haben sich alle Staaten auf einen Rahmen geeinigt, wie gemeinsame Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden können. Wenn sich die Staaten, die Wissenschaft und Wirtschaft konsequent daran orientieren, was wir unter Nachhaltigkeit verstehen, dann braucht das globale Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialem Wohlergehen keine Utopie zu bleiben.

Das ist eine vielversprechende Grundlage, auf der sich aufbauen lässt. Damit sich etwas bewegt, braucht es auf der ganzen Welt die Menschen, die zusammenstehen und von ihren Regierungen verlangen, dass auf Worte auch Taten folgen müssen. Viel war zuletzt von der Zivilgesellschaft die Rede. Es liegt an uns, dass wir gehört werden.

Danke, dass auch Sie mit Ihrem Weckruf an die National- und Ständeräte ein Teil der Lösung sein wollen!

*Bern, März 2016*